



KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2014

Park - Insel Stein - (Schloss) Großkühnau - Stahlhaus - Paulick - Dessau-Roßlau - Mies van der Rohe - Laubenganghäuser - Ehemaliges Arbeitsamt - (Schloss) Großkühnau - Kulturlandschaft - Ikone der Moderne - Siedlung Törten - Klee - Schlemmer - Funktionalismus - Beckerbruch - Gropius - Gartenkunst - (Schloss) Georgium - Natur - Feininger - Trinkhalle - Bauhaus - Meisterhäuser/Meisterhaussiedlung - Architektur - Neugotik - Sichtachsen - Romantik - Parks - Alleen - Ehemaliges Arbeitsamt - (Schloss) Georgium - Freischwinger - Fürst Franz - Drehberg - (Schloss) Lusium - Kandinsky - Monoly-Natur - Gartenkunst - (Schloss) Georgium - Oranienbaum - (Schloss) Großkühnau - Stahlhaus - Paulick - Dessau-Roßlau - Sichtachsen - Romantik - Parks - Alleen - MuChe - Konsumgebäude - Wörlitzer Park - Insel Stein - (Schloss) Großkühnau - Siedlung Törten - Klee - Schlemmer - Design - Breuer - Georgengarten - Neue Sachlichkeit - Erdmannsdorf - Kulturlandschaft - Ikone der Moderne - Siedlung Törten - Klee - Schlemmer

UNSERE BAUHAUSSTADT IST GESCHICHTE, GEGENWART UND **ZUKUNFT.**

DIE LINKE.



DIE LINKE.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2014

DESSAU-ROSSLAU

lebenswert, liebenswert, kulturvoll, sozial und weltoffen

Die Chance für neue Lösungen

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Dessau-Roßlau,

Viele fragen sich: Wen wähle ich am 25.05.2014 in den neuen Stadtrat? Wir, die LINKEN, wollen Ihnen die Qual der Wahl erleichtern und werben mit diesem Programm um Ihre Stimmen zur Kommunalwahl.

Mit den Debatten um die Finanzkrise, die Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Sozial- und Rentenpolitik ist das Vertrauen in eine bürgernahe, an den Lebensinteressen der hier ansässigen Menschen orientierte Politik weiter geschwunden.

Die große Koalition und alle anderen neoliberalen Kräfte werden diesem Kurs der Umverteilung von unten nach oben nichts wirklich entgegensetzen. Die Situation der öffentlichen Haushalte wird immer schwieriger, so auch in Dessau-Roßlau. Soziale Gerechtigkeit ist zu einer Farce verkommen, und Armut betrifft immer mehr Schichten der Bevölkerung.

Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und kultureller Kahlschlag gefährden die Lebensqualität in unserer Heimatstadt und vermitteln Perspektivlosigkeit. Das sogenannte Teilhabepaket hat daran nichts geändert. Mehr als 30% der Kinder sind von Armut betroffen und die

Zahl der „Aufstocker“ und Empfänger von Grundsicherung steigt stetig an!

Das birgt die Gefahr, dass rechtes Gedankengut Raum greift. Dieses bleibt in jedem Fall menschenverachtend und demokratiefeindlich und wäre die falsche Entscheidung.

Deshalb keine Stimme den rechtsextrémistischen und europafeindlichen Parteien!

Die Absicht der Spitze der Verwaltung in Dessau-Roßlau, die Einbeziehung der Bürger auf Einwohnerversammlungen zu beschränken, verdeutlicht, dass hier nur ein Schein von Demokratie gewahrt wird, aber eine echte Einbeziehung und souveräne Entscheidung des Bürgers und des Stadtrates die Allmacht der Verwaltung nur stört. Das Bild einer Zerrissenheit zwischen Rat und Verwaltung sowie das transportierte Bild über die Arbeitsweise des Rates tun ein Übriges.

Lächerlichkeit und Schuldzuweisungen ohne Ross und Reiter zu nennen, bringen der Stadt und ihren Bürgern keine Aussicht auf Besserung. Der dramatische Bevölkerungsrückgang und die Abwanderung - vor allem junger Menschen - verlangen für die Stadtentwicklung neue Denkansätze, wie sie im Stadtentwicklungskonzept bereits ansatzweise konzipiert wurden.



Dabei wäre es aber noch wichtig, vor allem ein tragfähiges Wirtschaftskonzept zu erstellen und sich auf noch vorhandene Traditionen und Potentiale zu besinnen. Wir waren eine Stadt der metallverarbeitenden Industrie mit Schwermaschinen- und Anlagenbau, Fahrzeugtechnik, aber auch mit Chemie, Ernährungs- und Textilwirtschaft.

Eine Reihe von Unternehmen, die aus der ehemaligen Industriestruktur hervorgegangen sind, wie die AEM, das WTZ, die Stromag, die Schiffswerft (Römergruppe) oder das DHW, wie auch die GSD, schlagkräftige Kerne, wie das Fahrzeuginstandsetzungswerk (RAW) der DB AG oder der Wachstumskern der Pharmaindustrie IDT Biologika sind besonders hervorzuheben. Ein Wirtschaftskonzept muss neben möglichen Visionen einer Ansiedlungsstrategie vor allem Wert auf die Bestandspflege der bestehenden Unternehmen legen, um damit Grundlagen für das Handwerk, den Handel und die Dienstleistungen zu sichern.

Es geht um die Entwicklung von Lebensperspektiven und Chancen gerade für die junge Generation, damit Lebensqualität gesichert und der Wegzug gestoppt, wenn möglich, gar umgekehrt wird. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt sich auch an der Erarbeitung der Konzepte zum

Stadtumbau beteiligen. Es ist Ihre/ unsere Stadt, die wir gemeinsam gestalten wollen, in der wir eine Perspektive haben wollen und uns wohlfühlen möchten. Eine den Menschen zugewandte Politik muss da stattfinden, wo sie zu Hause sind. Hier berühren alle Entscheidungen der Politik ihre unmittelbaren Lebensinteressen, wie z.B. die Verfügbarkeit von Kindertagesstätten-Plätzen, Schulstandorten, Wasser und Abwasser, Strom und Gas, die Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsplätze, Wohnungen, Kultur- und Sporteinrichtungen und nicht zuletzt Freizeit und Erholung.

Die Kommunen sind immer weniger in der Lage, die Unterschiede in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensumständen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner abzuschwächen oder gar auszugleichen.

In den letzten Jahren wurden kommunale Handlungsspielräume immer geringer. Wenn unterfinanzierte Kommunen den Mangel nur noch verwalten können, droht kommunale Selbstverwaltung ihren eigentlichen Sinn zu verlieren. Bereits jetzt führt eine unzureichende Finanzausstattung zur Verschuldung und fehlende Investitionsmittel gefährden immer öfter Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

DESSAU-ROSSLAU

lebenswert, liebenswert, kulturvoll, sozial und weltoffen

Nur mit einer starken Fraktion der Partei DIE LINKE wird eine solidarische und sozial-gerechte Politik in Dessau-Roßlau einklagbar.

Unser kommunales Wahlprogramm ist sowohl die Arbeitsgrundlage für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN als auch eine Einladung an Aktive innerhalb und außerhalb der Partei zur inhaltlichen Diskussion, Fortschreibung und Weiterentwicklung. Dabei sind uns der Erfahrungsaustausch und die Weitergabe von guten praktischen Beispielen besonders wichtig.

Setzen Sie sich mit uns gemeinsam für einen Stopp von Sozialabbau, für das Recht auf Bildung und eine Zukunft für alle in unserer Heimatstadt ein!

Sie entscheiden mit Ihrer Stimmabgabe am 25.5.2014 über die Zukunft unserer Stadt Dessau-Roßlau.

Nutzen Sie Ihre Chance!



Frank Hoffmann

Vorsitzender des Stadtverbandes
DIE LINKE Dessau-Roßlau



I. Unsere Bauhausstadt

muss wirtschaftlich und ökologisch solider, sozial gerechter,
kulturell vielfältiger und weltanschaulich pluraler werden..... 06

II. Arbeit und Bildung

als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben..... 13

III. Dessau

- sozial und ökologisch nachhaltig entwickeln..... 17

IV. Bürgerkommune

alltagstauglich und praxisnah..... 21

V. Sicherheit und Demokratie stärken..... 24

I. UNSERE BAUHAUSSTADT

muss wirtschaftlich und ökologisch solider, sozial gerechter, kulturell vielfältiger und weltanschaulich pluraler werden

Mit dem Leitbild unserer Heimatstadt – Stadt Dessau-Roßlau und dem Masterplan Bauhausstadt bekommt der Begriff „Bauhausstadt“ einen völlig neuen Charakter für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und weltanschauliche Entwicklung unserer Stadt.

Bei all den positiven Entwicklungen in unserer Stadt wird deutlich, dass der demographische Prozess uns viel intensiver fordert und wir ideenreicher nach neuen Lösungen suchen müssen, die unsere Heimatstadt für die Zukunft besser aufstellen.

So wie bisher können wir nicht weitermachen.

Mit den neuen Konzepten (Leitbild, INSEK, Masterplan u.a.) sind die Weichen gestellt.

Was aber jetzt zählt, sind notwendige Schritte der Veränderung.

1. Die Wirtschaftskraft muss sich deutlich verbessern.

- ◀ Investitionen müssen nach dem Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit bewertet und zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt ausgerichtet werden.
- ◀ um die Zielrichtung der erforderlichen Strategie herauszuarbeiten, ist ein **Wirtschaftskonzept für die Stadt Dessau-Roßlau** erforderlich.

- ◀ bei der Beurteilung der notwendigen Entscheidungen sind soziale und kulturelle Aspekte in den Abwägungsprozess einzubeziehen.
- ◀ um die Potenziale unserer Heimatstadt zukünftig besser zu nutzen, bedarf es eines **Stadtmarketingkonzeptes** mit der Zielstellung, eine **Stadtmarketing-Gesellschaft** zu bilden. Dieses Element des Stadtmarketings muss die Einnahmesituation der Stadt verbessern.

Wir, DIE LINKE, schlagen für das **Stadtmarketing** einen **städtischen Eigenbetrieb** mit der Beteiligungsmöglichkeit von privaten lokalen Leistungsträgern und einer städtischen Anteilsmehrheit vor.

- ◀ Die neue Situation erfordert auch die Überarbeitung unseres Verkehrskonzeptes.
- ◀ Die touristischen und kulturellen Potenziale unserer Stadt und Region bedürfen einer stärkeren **Produktorientierung**, wie die erfolgreichen Beispiele – das Kurt-Weill-Fest, der Gartenreichssommer und die Bauhaus-Ausstellungen – zeigen.

2. Die soziale Gerechtigkeit muss der Bürger im Alltag wahrnehmen.

- ◀ Mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) verfügen wir über eine Grundlage für die komple-



xe und allseitige Entwicklung aller Stadtquartiere.

◀ Der **Masterplan Bauhausstadt** muss Bestandteil eines neuen **Wirtschaftskonzeptes** werden und bekommt über das Jubiläum des 100-jährigen Bestehens des Bauhauses 2019 hinaus Bedeutung für die **Gesamtstadtentwicklung**.

◀ Die **Zusammenarbeit** mit den Akteuren der Hochschule Anhalt, der Stiftung Bauhaus Dessau, der Stiftung Schlösser und Gärten, dem Umweltbundesamt und der Stadt Dessau-Roßlau ist **verbindlicher** auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle **Nachhaltigkeit** auszurichten.

◀ Stets ist die Frage bei all unseren Aktivitäten zu stellen: **Wie nützt unsere gemeinsame Arbeit der Zukunft unserer Heimatstadt?**

◀ Mit dem „**Ausstellungs- und Innovationszentrum Bauhausstadt Dessau**“ am Stadtpark und in der Kavallerstraße werden notwendige Investitionen ermöglicht und neue Impulse für die Innenstadtquartiere und der **Vernetzung unseres Gemeinwesens zur Bauhausstadt** geben.

◀ Die Gestaltung einer **Charta der Baukultur** für unsere Stadt wird Maßstäbe für städtebauliche Entwicklung setzen. Wir werden damit dem Pioniergeist des Bauhauses in

der Zukunft gerecht und hinterfragen ihn zugleich.

◀ Um die Gesamtstadt allseitig zu entwickeln, legen wir großen Wert auf die erforderliche **Grundausrüstung** technischer, sozialer und kultureller Infrastruktur aller Quartiere.

Das bedeutet:

◀ eine **zeitgemäße Ausstattung der Wohngebäude** unter energetischen und städtebaulichen Gesichtspunkten,

◀ ein **schnelles Internet** für eine gute Teilhabe an der Information und Kommunikation,

◀ einen guten Zugang zum **Nahverkehr** für eine uneingeschränkte Mobilität aller Generationen,

◀ einen **hohen Ausstattungsgrad** der Kinderbetreuung für Krippe, Kindergarten und Hort, einschließlich einer soliden Kooperation mit den Grundschulen, die über gute Lernbedingungen verfügen,

◀ eine **wohnortnahe** Sekundar- und Gymnasialschulversorgung,

◀ eine **gute medizinische Versorgung** durch ein Netzwerk von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) mit fachärztlicher Kooperation,

I. UNSERE BAUHAUSSTADT

muss wirtschaftlich und ökologisch solider, sozial gerechter, kulturell vielfältiger und weltanschaulich pluraler werden

- ◀ eine Nutzung von **Schulen als Bürgerzentren** für alle Generationen in den Nachmittags- und Abendstunden,
- ◀ eine stärkere Einbeziehung der Bewohner in die Stadtteil- und Quartiersentwicklung durch **Stadtteilausschüsse** mit Stadträten und berufenen Bürgern,
- ◀ ein Netzwerk von **Jugendeinrichtungen** bedarfsorientiert in der gesamten Stadt zu etablieren.

3. Die kulturelle Vielfalt unserer Stadt ist nur zu erhalten und zukunftssicher zu gestalten, wenn wir auch hier zielstrebig und schnell handeln.

- ◀ Die vordringlichste Aufgabe ist die Erarbeitung und die Beschlussfassung eines **Kulturkonzeptes** für die Stadt und die Region.
- ◀ Die Möglichkeit der Bildung eines lokalen und regionalen **Kulturkonventes** ist anzustreben.
- ◀ Es ist alles zu unternehmen, um das **Anhaltische Theater als Vierspartenhaus** zukunftssicher aufzustellen. Dabei ist verstärkt auf eine **regionale Kooperation und Beteiligung** der Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld zu setzen.
- ◀ Die **Marke „Bauhausstadt“** muss zur wirtschaftlichen Gesundung der Stadt konkret beitragen.
- ◀ **Sport und Kultur** sind korres-

pondierende Elemente einer gedeihlichen sozialen Entwicklung unserer Stadt. Sie gegeneinander auszuspielen schadet dem Image der Bauhausstadt, die sowohl eine Kultur- als auch eine Sportstadt ist.

Unsere demographische und ökonomische Situation zwingt uns die **Kräfte zu bündeln**.

4. Die Bürger- und Zivilgesellschaft gilt es zu stärken durch

- ◀ das **gleichberechtigte und faire Miteinander** aller Weltanschauungen,
- ◀ die **Einbeziehung aller Generationen** in den Prozess der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Das erfordert neue Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten,

wie:

- ◀ gut vernetzte **Stadtteilausschüsse, starke Ortschaftsräte, aber auch einen gemeinsam handelnden Stadtrat,**
- ◀ ein **starkes Netzwerk** aller Bürger gegen Entwicklungen wie den Rechtsextremismus sowie die finanzielle und personelle Sicherung des Netzwerkes „Gelebte Demokratie“,
- ◀ die **Bürgerkommune und Bürgerentscheide**, als direktes demokratisches Instrument der Mitwirkung an wesentlichen, die Stadt betreffenden Entscheidungen.

Mit der Beschreibung der Komplexität des Begriffes Bauhausstadt, soll verdeutlicht werden, dass es um mehr als ein Jubiläum und einen Stadtnamen geht.

Wir haben die Chance, unsere Probleme selbst zu lösen, Partner in diesem Prozess auch über unsere Stadtgrenze hinaus zu gewinnen und damit die Zukunft unserer Stadt und der Region zukunftsfähig zu gestalten. **Wir besitzen alles, was wir brauchen! Nutzen wir es besser!**

5. Soziale Daseinsvorsorge – gesund, sicher und generationsübergreifend leben und wohnen

Die Grundvoraussetzung eines selbstbestimmten Lebens ist der Erhalt und der Ausbau einer gut funktionierenden sozialen Infrastruktur.

Dies beinhaltet für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt soziale Sicherheit in allen elementaren Lebensbereichen wie Wohnen, Gesundheit und Betreuung.

Die Sozialpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie betrifft Kinder, Jugendliche, Erwerbstätige, Menschen ohne Job und Seniorinnen und Senioren, deshalb ist die politische und parlamentarische

Einbeziehung aller Generationen für uns als LINKE unabdingbare Voraussetzung für eine bürgernahe Politik.

Die wachsende Kluft zwischen Jung und Alt, Arm und Reich wird unsere Stadt zunehmend belasten.

Deshalb darf sich Jung und Alt nicht als Gegensatz begreifen und gegeneinander ausgespielt werden.

Es macht sich erforderlich, Konzepte zu erarbeiten, die der demographischen Entwicklung in unserer Stadt gerecht werden und in denen sich die Kompetenzen aller Generationen bündeln.

Deshalb schlägt DIE LINKE Dessau-Roßlau vor, den Seniorenbeirat zu einem Generationenbeirat zu entwickeln.

Für den sozialen Frieden in unserer Stadt ist es wichtig, die Arbeit der Freien Träger auf dem bisherigen Niveau fortzuschreiben und somit die soziale und gesundheitliche Betreuung zu sichern. Trägervielfalt ist ein Garant für Beratungs- und Dienstleistungsvielfalt, deshalb setzen wir uns ein:



I. UNSERE BAUHAUSSTADT

muss wirtschaftlich und ökologisch solider, sozial gerechter, kulturell vielfältiger und weltanschaulich pluraler werden

- ◀ für die langfristige Sicherung der finanziellen Grundlagen der Arbeit der freien Träger und die damit verbundene Aufrechterhaltung der freiwilligen Leistungen auf dem Gebiet der sozialen und gesundheitlichen Beratung und Betreuung,
- ◀ für die Sicherstellung der medizinischen Betreuung und ein leistungsstarkes und kompetentes Angebot durch die **Bündelung von Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen in einem sozialen Netzwerk.**
- ◀ für die Verhinderung der Vergabe der Rettungsdienstleistungen unserer Stadt an private Anbieter bei wiederkehrender Ausschreibung,
- ◀ für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Teilhabe darf nicht an finanziellen Erwägungen scheitern. Grundlage unseres Handelns ist der beschlossene Aufgabenkatalog „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ der Partei DIE LINKE.

In der gegenwärtigen Entwicklung zeigt sich, dass psychosozialen Erkrankungen ein größerer Stellenwert eingeräumt werden muss, was einen zeitnahen Ausbau der entsprechenden Infrastruktur voraussetzt.

- ◀ für eine Sicherung des Hausarzt-systems und die Schaffung flächendeckender MVZ, um die medizinische Grundversorgung zu gewährleisten. Es soll der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht die Kosten,
- ◀ für weitere Medizinische Versorgungszentren in Kooperation mit unserem Städtischen Klinikum, z.B. in Dessau-Mitte und den Ortschaften. Der Erhalt unseres Städtischen Klinikums in kommunaler Trägerschaft hat für uns oberste Priorität bei der medizinischen Versorgung unserer Bürger. Kooperations- und Fusionsoptionen mit dem kommunalen Krankenhaus Anhalt-Bitterfeld sind in Betracht zu ziehen.

Dabei ist es erforderlich, Menschen mit Handicap den barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen sowie die Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den Stadtratsbeschluss unserer Fraktion zur Umsetzung der „Erklärung von Barcelona“ (Barrierefreiheit) endlich umzusetzen.

Auf Grund der hohen Relevanz sozialpolitischer Themen in unserer Stadt setzen wir uns dafür ein, den bisher beratenden Status des Gesundheits- und Sozialausschusses in den Status eines **beschließenden Ausschusses** zu setzen.

Um die Kinderarmut zu bekämpfen, setzt sich unsere Fraktion dafür ein, dass regelmäßig konkret abrechenbare Handlungsempfehlungen (Maßnahmepläne) erarbeitet werden. Konkrete Beiträge der Fraktion DIE LINKE gegen Kinderarmut sind die jährliche Ausrichtung der Veranstaltungen

- ◀ „Ostern im Stadtpark“
- ◀ die Kinderweihnachtsfeier für sozial benachteiligte Kinder gemeinsam mit dem Ortsverband Dessau-Roßlau des DGB und dem Verein „Wir mit Euch“
- ◀ Auslobung des Preises „Marienkäfer“ an eine KITA, in der sich Eltern und ErzieherInnen in verschiedenen Projekten engagieren. Wir unterstützen aktiv Bürgerinitiativen im sozialen Bereich

Die Stadt Dessau-Roßlau ist an der Umsetzung der Regelung nach dem SGB II (Hartz IV) über das Jobcenter beteiligt. Trotz bzw. gerade wegen der Kritik am System „Hartz IV“ setzen wir uns im Stadtrat dafür ein, die Anspruchslage der Betroffenen zu verbessern, soziale Ausgrenzungen und Schikanen auszuschließen und individuelle oder gemeinsame Widerstandsfähigkeit zu unterstützen. Deshalb setzen wir unsere Beratungsangebote für Betroffene fort.

Die ständige Zunahme von Armut unter der Bevölkerung wird unseren Stadthaushalt durch erhöhte Zahlungen von Wohngeld und Hilfe zum Lebensunterhalt weiter belasten, das heißt, weiter

steigende Kosten bei der **Grundsicherung und beim Arbeitslosengeld II**.

Wir fordern eine Evaluierung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Dessau-Roßlau und die Prüfung des Optionsmodells, welches eine bessere Anbindung an die städtische Verwaltung gewährleisten soll.

Wichtig für ein selbstbestimmtes Leben der Bürger ist ein **bezahlbares, warmes, trockenes und sicheres Wohnen**. Unser kommunaler qualifizierter Mietspiegel ist deshalb Voraussetzung, den individuellen Wohnansprüchen gerecht zu werden. Es gilt seitens der Vermieter, Wohnraum bereitzustellen, der sich den Lebensgegebenheiten der verschiedenen Generationen anpasst.

Preiswerter Wohnraum ist genauso vorzuhalten wie Wohnraum in gehobenen Preissegmenten. Eine Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen (Gentrifizierung) aus einigen Stadtteilen ist zu verhindern und der begonnene Weg der Integration verschiedener ethnischer Gruppen in die Stadtquartiere weiter fortzusetzen. Dies erfordert eine **soziale Sanierungspolitik der Wohnungsunternehmen**, die den demo-



I. UNSERE BAUHAUSSTADT

muss wirtschaftlich und ökologisch solider, sozial gerechter, kulturell vielfältiger und weltanschaulich pluraler werden

graphischen Entwicklungen in unserer Stadt gerecht wird. Wir sind gegen Mieterhöhungen wegen Neu- und Weitervermietung, ohne dass eine Wohnraumaufwertung stattfindet. Dabei sind die durch den Stadtrat definierten Wohnformen zu berücksichtigen. Wir fordern die Gründung eines **Mieterbeirates** für unser kommunales Wohnungsbauunternehmen DWG.

6. Kultur, Tourismus und Sport weiter entwickeln

Stadtentwicklung, Citymanagement, Kultur, Sport und Tourismus werden zunehmend zu entscheidenden Wirtschaftsfaktoren für unsere Stadt.

Deshalb muss die Stadt noch intensiver als bisher mit ihrem kulturellen und sportlichen Angebot werben.

Kulturangebote von landespolitischer Bedeutung wie Theater und Orchester, herausragende bauhistorische Zeugnisse wie Burgen und Schlösser sowie Gedenk- und Weltkulturerbestätten müssen durch gemeinsame, verlässliche und langfristige Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Land erhalten werden.

Für Dessau-Roßlau mit seinen vielen baulichen, landschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten als Tourismus-Region setzt DIE LINKE ganz besonders auf das komplexe kulturelle Abendangebot von Veranstaltungen. Damit erhöhen wir die Verweildauer von Touristen und verhindern das Ausweichen auf andere Großstädte.

Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, die besondere Angebote für Kinder und Jugendliche bereithalten, sind wichtige Orte der Vermittlung des Lernens und der Kreativität. Dazu gehören auch Stadtteilprojekte wie KIEZ und insbesondere das KIEZ-Kino. Diese wollen wir sichern und erhalten. DIE LINKE will eine ausgewogene kommunale Förderung des Sports. Die Sicherung der unentgeltlichen Nutzung von Sportstätten durch Kinder und Jugendliche im kommunalen Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Erarbeitung von kommunalen Sportentwicklungskonzepten ist das geeignete Mittel, den Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs- sowie den Gesundheits- und Rehabilitationssport in der Stadt fest zu verankern. Der Sport muss Bestandteil der kommunalen Leitbilder sein, weil er zur Daseinsvorsorge gehört.

Den **Vereins- und Breitensport** sehen wir als einen Bereich, der unserer ganzen Unterstützung bedarf, vor allem im Kinder-, Jugend-, Frauen-, Familien- und Seniorensport. Im Bereich des Leistungssportes setzen wir auf die Bündelung von Kräften im Interesse der stabilen Entwicklung von Nachwuchs für den Erwachsenensport. Kräfte bündeln heißt für uns, dem Ansehen des Dessauer Sports eine solide Perspektive zu geben.

Nicht zuletzt setzen wir uns für den **Neubau einer Schwimmhalle** in der Ludwigshafener Straße ein, da damit die **Sportstadt Dessau-Roßlau** und das **Sportzentrum Dessau-Roßlau** weiter an Anziehung gewinnen.

II. ARBEIT UND BILDUNG *als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben*

Kommunale Arbeitswelt und Wirtschaft

Unsere Doppelstadt Dessau-Roßlau hat sich zu einem modernen Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Einzelhandelsstandort entwickelt.

Landesbehörden, Informations- und Kommunikationswirtschaft, Handel sowie Handwerks- und Gewerbebetriebe haben sich etabliert. Eingebettet in eine reizvolle attraktive Landschaft bietet unsere Stadt ihren Besuchern die weltweit bekannten UNESCO-Welterbestätten des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches und des Bauhauses. Das Umweltbundesamt hat sich gut in unserer Stadt etabliert.

Unsere kommunalen Wirtschaftsunternehmen sind für unsere Stadt ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Unser kommunalpolitisches Engagement richtet sich auf den Erhalt und die Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit kommunaler Unternehmen.

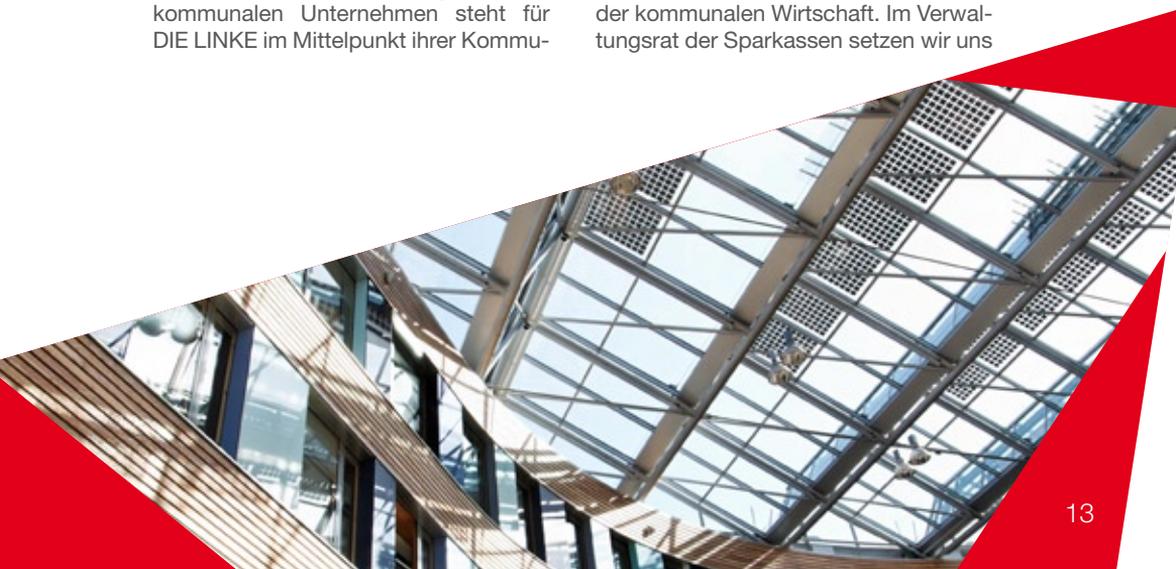
Nicht allein das formale Eigentum an kommunalen Unternehmen steht für DIE LINKE im Mittelpunkt ihrer Kommu-

nalpolitik, sondern der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger. **Kommunale Unternehmen** müssen ihre Leistungen an den Bürgerinnen und Bürgern ausrichten, wirtschaftlich und transparent arbeiten und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Für uns haben die kommunalen Eigenbetriebe und die Anstalt öffentlichen Rechts Vorrang vor anderen Rechtsformen, da sie den Einfluss der Kommunalvertretungen auf die Unternehmen sichern. **DIE LINKE lehnt den Verkauf von kommunalem Eigentum ab.**

Wir sprechen uns für eine Kooperation von kommunalen Unternehmen über Gemeinde- oder Landkreisgrenzen hinaus aus. Bedingung hierfür ist, dass der Einfluss der demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Kommune gewahrt bleibt.

Zur Daseinsvorsorge zählen für DIE LINKE auch starke Sparkassen. Sie stellen die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sicher. Die Vergabe von Krediten an Klein- und Mittelunternehmen ist zudem ein festes Standbein der kommunalen Wirtschaft. Im Verwaltungsrat der Sparkassen setzen wir uns



II. ARBEIT UND BILDUNG

als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben

für bezahlbare Kontoführungsgebühren, maßvolle Dispositionskreditzinsen sowie die Bereitstellung von Girokonten für alle Bürgerinnen und Bürger ein.

Wir werden öffentlich dafür werben, dass nicht die Dumping- und Billiganbieter, sondern die Unternehmen, die sich zu Tariflöhnen verpflichten und zu der Vergabeordnung bekennen, bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen sind. Wir werden bei unserer Argumentation die gesamtwirtschaftlich sowie mittelfristig positiven Auswirkungen der Auftragsvergabe den kurzfristigen Einspareffekten gegenüberstellen. Für uns ist und bleibt die öffentliche Auftragsvergabe ein wichtiger Steuerungshebel für gute Arbeitsverhältnisse vor Ort.

Die Stadt hat ein vielfältiges Wirtschaftsleben. Betriebe der Chemie- und Pharmaindustrie, des Fahrzeug- und Maschinenbaus, des Dienstleistungsgewerbes und des Handels haben sich neu etabliert oder konnten erhalten werden. Die Einwerbung von Neuan siedlungen und die Bestandserhaltung sind wichtige Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Trotz dieser positiven Entwicklung sind einige der **weichen Standortfaktoren** unserer Stadt durch die Sparpolitik der Landesregierung in Gefahr, wie z. B. das Anhaltische Theater und die Hochschule. In Gefahr sind auch eini-

ge Landesbehörden, wie z.B. die Justizvollzugsanstalt und der Abbau von Polizeistrukturen.

DIE LINKE setzt sich für die Schaffung eines Umweltcampus ein.

Wir treten ein für

- ◀ die Erarbeitung und Beschlussfassung eines Wirtschaftskonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau
- ◀ die Ausrichtung der Arbeitsförderungsmaßnahmen insbesondere für die ältere Generation und auf die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze
- ◀ die Unterstützung der ortsansässigen Freiberufler, Selbständigen, kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Ansiedlung von Dienstleistungs- und gewerblichen Betrieben
- ◀ geschlossene Wirtschaftskreisläufe
- ◀ eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durch die Belegung des Beirates für Wirtschaftsförderung
- ◀ die Weiterentwicklung des beschlossenen Leitbildes auch in Hinblick auf die Gesamtentwicklung der Region Anhalt bis zum Jahr 2025
- ◀ die Einrichtung eines Investorenservices



- ◀ den Erhalt starker kommunaler Unternehmen, für die Sicherung verbraucherfreundlicher Preise
- ◀ ein gemeinsames Gewerbemanagement mit den umliegenden Gemeinden
- ◀ die Vernetzung von wirtschaftlichen Ressourcen mit den Landkreisen Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld und die Erarbeitung eines gemeinsamen Tourismuskonzeptes
- ◀ die Einführung eines Grundwasser- und Gewässermanagements unter Federführung eines Wasserunterhaltungsbetriebes
- ◀ eine Lösung des Problems ansteigenden Grundwassers und des Hochwasserschutzes über die Kreisgrenzen hinweg durch ein zu erstellendes Gewässermanagementkonzept und dessen Umsetzung unter Berücksichtigung ökologischer Belange
- ◀ den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien unter verstärkter Einbeziehung kommunaler Unternehmen
- ◀ ein UNESCO-Biosphärenreservat, Naturerbeflächen und ein Weltkulturerbe des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches, welche in ihrer ökologischen Zukunftsfähigkeit zu bewahren und vor den schädlichen Folgen der

Sohleintiefung der Elbe zu schützen sind. Die Biotope der Region Anhalt sind über die Kreisgrenzen hinweg durch Biokorridore zu vernetzen, um wandernden Tieren eine Chance der Verbreitung zu geben und die genetische Vielfalt zu erhalten

- ◀ einen weiteren Ausbau der Kapazitäten der schnellen Internetverbindungen sowie des Angebots von kostenlosem WLAN an bestimmten Orten Dessau-Roßlau, auch zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dessau-Roßlau.

Für die Entwicklung unserer Stadt Dessau-Roßlau sehen wir **bei den Investitionen folgende Prioritäten:**

- ◀ Neubau der Schwimmhalle am Standort Ludwigshafener Straße
- ◀ Fortsetzung der Instandsetzungen und Renovierungen von Schulen und Kindereinrichtungen
- ◀ Ersatzneubau des Brückenbauwerkes 11 (Friedensbrücke) und der Behelfsbrücke
- ◀ Bau der Ortsumgehungen Roßlau und Festhalten an der Ortsumgehung Mosigkau
- ◀ Fertigstellung der Ostrandstraße (Nordumfahrung)

II. ARBEIT UND BILDUNG

als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben

- ◀ Bau eines Innovations- und Ausstellungszentrum in der Kavalierstraße
- ◀ Verkehrsberuhigung der Kavalierstraße
- ◀ Ausbau der Infrastruktur und des Internet-Netzes
- ◀ Fortsetzung der Maßnahmen zur Regulierung des Grundwassers und zur Vollendung der Hochwasserschutzmaßnahmen

III. DESSAU

- sozial und ökologisch nachhaltig entwickeln

Die Anbindung Dessau-Roßlaus an das Bahnnetz muss dringend verbessert werden. Ein gut ausgebautes und funktionierendes Verkehrsnetz ist notwendig, welches ökologisch und sozial vertretbar ist. Besondere Aufmerksamkeit verlangen deshalb der ÖPNV und der Radverkehr. Jedermann soll sich innerhalb der Stadt auch ohne Auto sicher, schnell und kostengünstig bewegen können.

Wir wollen, dass die Möglichkeit eines fahrscheinlosen ÖPNV geprüft wird. Bis zur Durchsetzung eines fahrscheinlosen ÖPNV ist ein Sozialtarif für den Inhaber eines Sozialpasses einzuführen. Das System der „Anrufbusse“ ist zu qualifizieren, damit alle Orts- und Stadtteile bequem, schnell und zuverlässig erreichbar sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für die Schülerbeförderung nicht gekürzt werden.

Wir wollen **sichere Schulwege, sichere Fahrradwege, verkehrsarme Innenstädte**. Dies muss Bestandteil eines neuen Verkehrskonzeptes sein. Es bleibt unser Ziel, den ÖPNV zu einer echten Alternative zum Individualverkehr zu entwickeln. **Mobilität** erfordert

für uns auch die Förderung des innerstädtischen Radverkehrs. Die Umsetzung des beschlossenen **Radverkehrsnetzes** in unserer Stadt kann wesentlich dazu beitragen.

Unsere Mandatsträger werden sich bei ihren kommunalpolitischen Entscheidungen stärker an den Anforderungen des **sozialökologischen Umbaus** orientieren. **Klimawandel, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und sparsame Ressourcennutzung** sind Fragen, die gerade auch im kommunalen Bereich eine Politik zum Mitgestalten herausfordern.

Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft braucht eine veränderte Perspektive auf Regional- und Strukturentwicklung. Die Teilhabe der Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz, auch auf lokaler Ebene die Frage, wie wir eigentlich leben wollen, als LINKE zu beantworten.



III. DESSAU

- sozial und ökologisch nachhaltig entwickeln

In unserer Stadt gibt es da noch erhebliche Reserven. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass die Kommunen noch mehr Möglichkeiten anbieten, dass die Einwohnerinnen und Einwohner sich an Bürgerkraftwerken z.B. auf kommunalen Dächern oder an privilegierten Biogasanlagen zur Wärmeversorgung beteiligen können. Wir fordern die Stadtwerke auf, dies aktiv zu begleiten. Auch die Bildung von Energiegenossenschaften ist dafür geeignet.

DIE LINKE sieht im Anbau und der Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. **Wir schließen Monokulturen aus. DIE LINKE unterstützt die Arbeit des Energie- und Klimaschutzbeauftragten personell und finanziell im städtischen Haushalt.**

Bei der Wasser- und Abwasserversorgung bedarf es eines Infrastrukturkonzeptes.

Es müssen kleinere Lösungen für die Wasser- und Abwasserversorgung entsprechend der schrumpfenden Bevölkerung erarbeitet werden.

Erziehung, Bildung, Schulentwicklung und Ausbildung - von der KITA bis zur Hochschule

Kindertagesstätten sind für uns Orte der Bildung und Erziehung. Der mit unserer Unterstützung gegründete Eigenbetrieb DEKITA leistet dazu einen wesentlichen Beitrag.

Wir treten ein für

- ◀ gleiche Betreuungsbedingungen aller Kinder – unabhängig vom Träger. Die finanzielle Mindestausstattung (Betriebskostendeckung) und die Bereitstellung von Investitionsmitteln muss bei öffentlichen und freien Trägern auf das gleiche Niveau geführt werden. Wir setzen uns über das Ganztagsangebot hinaus für **flexible Betreuungsangebote** in Kindertagesstätten ein und wirken darauf hin, ein bedarfsgerechtes Angebot an Formen der Benachteiligtenförderung in der Kommune vorzuhalten.
- ◀ einen kostenfreien Kinderbetreuungsplatz für jedes Kind. In einem ersten Schritt fordern wir ein kostenfreies KITA-Jahr vor der Einschulung und die Beibehaltung der Geschwisterermäßigung.

Zur Unterstützung einer gesunden Lebensweise von Kindern und Jugendlichen ist ein gesundes, warmes Mittagessen unerlässlich. Die Zubereitung der Mahlzeiten sollte möglichst einrichtungsnah und durch regionale, saisonale und ökologische Erzeugnisse erfolgen.

Kindergärten, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind Kristallisationspunkte kommunaler Entwicklung. Die gesellschaftliche Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Dessau-Roßlau darf sich nicht nur auf den passiven Konsum der angebotenen Erlebnis- und Freizeitwelt beschränken. **Deshalb ist**

der Teilplan Jugendhilfe qualifiziert und zeitnah fortzuschreiben.

Zur bedarfsgerechten Gestaltung der Betreuungszeiten sind Modelle zu entwickeln, die es den Eltern ermöglichen, Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen. Wir betrachten die Bildung als ein Grundrecht des Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Die Umsetzung der **Bildungs- und Teilhabepakete** muss im Bereich der Bildung unbürokratisch und zeitnah erfolgen.

Die **mittelfristige Schulentwicklungsplanung (SEP)** in Dessau-Roßlau verstehen wir als ein auf die Bildungsbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgestimmtes Netz von Schulen unterschiedlicher Schulformen, Schulstufen und Schularten.

Wir treten für kreative Lösungen innerhalb der SEP wie etwa die Möglichkeit der Kooperation von Schulen unterschiedlicher Schulstufen ein. Dabei sind wohnortnahe Bildungsangebote, vor allem im Grund- und Sekundarschulbereich („Kurze Beine – kurze Wege“), vorzuziehen und die Möglichkeiten zur regionalen Kooperation zu nutzen. **Wir favorisieren ein Gesamtschulmodell.**

Der Erhalt und die Öffnung kleinerer Schulen in den Stadtteilen als Begegnungszentren hat Vorrang vor Schließung. Eine Schule muss barrierefrei sein. Das Land muss den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um bessere Voraussetzungen für ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

Wir fordern Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an jeder Schule. Sie sind die Nahtstelle zwischen Schule, Eltern und Kinder- und Jugendarbeit. Die Finanzierung der Schulsozialarbeit soll dauerhaft und zu 100 Prozent gesichert werden, damit der „Projektcharakter“ entfällt.

Eine Spezialisierung der berufsbildenden Schulen in der Region auf Grund der demografischen Entwicklung findet unsere Zustimmung.

Dazu ist auch eine Sicherung und Fortführung von Projekten der Berufsfrühorientierung notwendig, um Schulabbrüche zu vermeiden.

Dessau-Roßlau ist eine Hochschulstadt. Dem Stadtrat muss es gelingen Studenten, Lehrkörper, Mitarbeitern



III. DESSAU

- sozial und ökologisch nachhaltig entwickeln

in wissenschaftlichen Einrichtungen, ortsansässigen Verwaltungen, Vertretern der Wirtschaft sowie des politischen Raumes die Möglichkeiten der Vernetzung zu geben.

Weil gegenseitiges Lernen verbindet, gilt es, Städtepartnerschaften umfassend mit Leben zu erfüllen und den interkommunalen Erfahrungsaustausch zu fördern.

DIE LINKE im Stadtrat setzt sich dafür ein

- ◀ dass der Bundeswehr keine Möglichkeiten eingeräumt werden, in den Schulen für sich und die Kriegspolitik der Bundesregierung zu werben und Schülerinnen und Schüler für eine Karriere in der Bundeswehr zu gewinnen.
- ◀ dass es keine Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Schulen gibt.

Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind in einer Zeit sich schnell verändernder Bedingungen und Anforderungen in der Arbeitswelt unerlässlich.

IV. BÜRGERKOMMUNE

alltagstauglich und praxisnah

Eine **kommunale Selbstverwaltung** lebt davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger vor allem an den Entscheidungsprozessen, die ihr Leben unmittelbar berühren, beteiligen und sich für die Stadt engagieren. Was wäre Kommunalpolitik ohne die vielen ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer im Stadtrat, in den Vereinen, Verbänden und Initiativen? Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung des Ehrenamtes ein.

DIE LINKE wird sich für die weitere Ausgestaltung der **Bürgerkommune** einsetzen.

- ◀ Das bedeutet, dass die Einwohnerinnen und Einwohner einerseits stärkere Möglichkeiten erhalten, aktiv die Entscheidungsprozesse ihrer Stadt zu beeinflussen und andererseits, dass auch die Rechte der gewählten Mandatsträger gegenüber der Verwaltung gestärkt werden. Die Umsetzung dieser Zielstellung bedingt eine qualifizierte, finanzielle, personelle und materielle Ausstattung der Fraktionen und der einzelnen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.
- ◀ Ein wichtiger Schritt auf dem Weg

zur Bürgerkommune ist die stärkere Bürgerbeteiligung. Demokratisierung bedeutet für uns, dass bei anstehenden Entscheidungen, insbesondere grundsätzlicher Art - zum Beispiel Privatisierungen, Schwerpunktinvestitionen, Bebauungspläne – **Bürgerentscheide** anzustreben/durchzuführen sind. Bürgerbegehren sollten allerdings nicht missbraucht werden.

- ◀ Ein entscheidendes Kernelement der Bürgerkommune ist der **Bürgerhaushalt**. Der Bürgerhaushalt ist ein wichtiges Anliegen der Linkspartei. Durch den Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Dessau-Roßlau wird es ab 2015 einen Bürgerhaushalt geben. Dazu wurde den Bürgern bereits 2013 im Amtsblatt das Haushaltsaufstellungs- und -umsetzungsverfahren transparent und lebensnah dargestellt.
- ◀ Bürgerbeteiligung muss nicht nur angeboten, sondern gesucht und gefördert werden.
- ◀ Im Kampf um den Erhalt der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt haben wir uns mit Ständen vor Ort an der



IV. BÜRGERKOMMUNE

alltagstauglich und praxisnah

Sammlung von 45.000 Unterschriften beteiligt. Noch erzeugen die vielen Unterschriften bei der Landesregierung keine Reaktion. Gerade deshalb setzen wir auf das **Petitionsverfahren** und halten den Druck auf die Landesregierung aufrecht.

- ◀ Wir fordern eine **Haushaltspolitik** in den Kommunen, die für die Leistungen der Daseinsvorsorge die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt.
- ◀ Wirtschaftlichkeit messen wir zuallererst an der Aufgabenerfüllung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir verschließen uns nicht notwendigen Anpassungen und Einsparungen, die wir unter dem Gesichtspunkt des Sozialen prüfen und bewerten.

Der Stadtrat wird seitens der Bundes- und der Landesregierung mit der Finanzierung von Aufgaben und der Lösung von Problemen allein gelassen, deren Verursacher er nicht ist. Unter dem Stichwort **„Haushaltskonsolidierung“** werden dadurch oft Dinge gekürzt, die eine Kommune lebenswert machen. Deshalb fordert DIE LINKE sowohl auf Landes- sowie auf Bundesebene eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ein (**Finanzreform**).

Auf die Bürger zugehen heißt für uns, **Einwohnerversammlungen und Sprechstunden** in den Stadt- und Ortsteilen durchzuführen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die

Einrichtung eines **„Pendels“** ein, d.h. ständig wechselnde Fragestellungen zu kommunalen Schwerpunktthemen an die Bürgerinnen und Bürger, auf der Internetseite der Stadt.

Das auf Grund unserer Forderung eingeführte **Ratsinformationssystem** und das **Bürgerinformationsportal** ist ein erster Baustein für ein **gläsernes Rathaus**, für mehr Transparenz in der Arbeit des Rates und der Verwaltung.

Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie die Bürgerinnen und Bürger wollen bei den Entscheidungen mitgenommen werden und nicht nur vollendete Tatsachen u.a. aus der Tagespresse zur Kenntnis nehmen müssen. So sollte künftig auch z.B. das Instrument einer Eilentscheidung durch den Oberbürgermeister, wenn keine Eilbedürftigkeit zu Grunde liegt, untersagt werden. Wir wollen dazu eine Änderung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung. Entscheidungen in den Hinterzimmern der Verwaltung sind undemokratisch und sollten im neugewählten Stadtrat der Vergangenheit angehören.

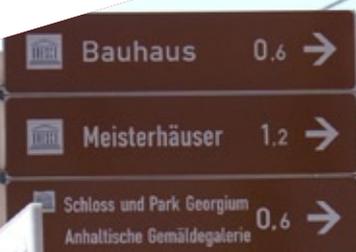
Im Mittelpunkt der Entscheidungsprozesse steht für uns die Bemühung, Antworten auf die Frage zu finden: **„Wie wollen die Einwohner leben, und welche Faktoren sind für sie wichtig?“**. Dabei ist die bisherige Prioritätensetzung zu berücksichtigen.

Einen wichtigen Beitrag bei der Verwirklichung von mehr Bürgerbeteiligung und einer demokratischen Mit-

gestaltung sehen wir in der Umsetzung unseres Beschlussantrages, in den einzelnen Stadtteilen **Stadtteilausschüsse** zu bilden. Es muss möglich werden, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner der Stadtteile direkt bei der Gestaltung ihres Wohnumfeldes einbringen können. Dazu sollen Stadtteilsprechstunden der Verwaltung durchgeführt werden.

DIE LINKE setzt sich in Dessau-Roßlau dafür ein,

- ◀ dass alle Generationen politisch und parlamentarisch in den Meinungsbildungsprozess durch die Bildung eines Kinder- und Jugendparlamentes einbezogen werden,
- ◀ dass der Seniorenbeirat in einen qualifizierten Generationenbeirat umgewandelt und weitergeführt wird,
- ◀ dass der Stadtfrauenrat eine aktive Arbeit leisten kann
- ◀ dass die Stelle einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten und das sozial-kulturelle Frauenzentrum weiterhin gesichert werden.



V. SICHERHEIT UND DEMOKRATIE STÄRKEN

Viele Prozesse der vergangenen Entwicklung in der Stadt, vor allem aber die Umgestaltung im Zuge des Stadtumbaus, betreffen die Bürgerinnen und Bürger direkt.

In den Wohnquartieren gewinnt die lokale Identität und Verantwortung an Bedeutung.

Dazu ist es erforderlich, die Hauptsatzung der Stadt Dessau zu ändern und in den Stadtteilen ohne Ortschaftsräte Stadtteilausschüsse als anerkannte Interessenvertreter zu bilden, mit beratender Stimme im Stadtrat und in den Ausschüssen.

Für alle Ortschaften sind **Ortsentwicklungskonzepte zu erstellen** und für den innerstädtischen Bereich **das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK)** umzusetzen.

Die Stadt lebt durch ihre Stadt- und Ortsteile.

Gerade während der Hochwasser 2002 und 2013 und danach wurde deutlich, wie wichtig die Wahrnehmung direkter Verantwortung ist.

Die Erfahrungen der Ortsteile Waldersee, Groß- und Kleinkühnau zur Bildung von Wasserwehren sind für die Stadt- und Ortsteile zu nutzen, die diesen Gefahren ebenfalls ausgesetzt sind. Es ist wichtig, Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltungsprozesse vor ihrer Haustür

direkt einzubeziehen.

Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Katastrophenschutzorganisationen ist von der Stadt zu unterstützen.

In der Hauptsatzung ist für die Ortschaftsräte und für die zu bildenden Stadtteilausschüsse ein Rederecht aufzunehmen.

Persönliche Sicherheit

Persönliche Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme politischer, sozialer und kultureller Rechte.

Wichtige Maßstäbe für das Zusammenleben in unserer Stadt sind:

- ◀ Sicherheit,
- ◀ Gewaltfreiheit im öffentlichen Raum,
- ◀ Wahrung der persönlichen Integrität und
- ◀ Schutz des persönlichen Eigentums.

DIE LINKE erachtet **Gefahrenabwehrverordnungen** (Stadtordnungen) und deren Umsetzung als probates Mittel zur Regelung eines friedlichen und gut nachbarlichen Zusammenlebens in der Stadt. Um das subjektive Sicherheitsempfinden von Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen, sollten in den Kommunen im Dialog mit Betroffenen Ideen für präventive Maßnahmen entwickelt werden, wie z.B.



- ◀ ein zentrales Rettungssystem darf nicht zur Verlängerung der Anfahrtszeiten der Rettungsfahrzeuge führen, Kosteneinsparungen auf diesem Gebiet gefährden Menschenleben, das ist zu verhindern
- ◀ die Wohnumfeld- und Parkgestaltung
- ◀ Tempo-30-Zonen
- ◀ sichere Schulwege
- ◀ Bereitstellung ausreichender Mittel für den Winterdienst
- ◀ Umfassende Videoüberwachung und Bürgerwehren schließen wir ausdrücklich aus.

Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist uns auf allen politischen Ebenen ein wichtiges Anliegen und keineswegs auf Ordnungspolitik zu reduzieren.

DIE LINKE unterstützt lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus und bringt ihre Erfahrungen und Kompetenzen aktiv ein. Wir unterstützen all jene Kräfte, die sich, ausgehend von den Positionen des Antifaschismus, entschieden gegen Neonazismus und Rechtsextremismus, gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in ihren verschiedenen Protestformen einsetzen. Das schließt eine aktive Mitarbeit im „Bündnis gegen Rechts“ und im Netzwerk „Gelebte Demokratie“ ein.

Die Stadt Dessau-Roßlau muss die positiven Erfahrungen anderer Kommunen in der Arbeit von **Migrationsbeiräten** und **Ausländerbeauftragten**

und multikulturellen Einrichtungen als Instrument aktiver Integrationspolitik nutzen. Wir setzen uns für einen **gleichberechtigten Umgang mit zugewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein.**

Dies betrifft

- ◀ die Zurverfügungstellung von dezentralem Wohnraum,
- ◀ Schaffung von Möglichkeiten der Integration und
- ◀ den Abbau von Vorurteilen und Ressentiments in der Bevölkerung.

Es ist uns bewusst, dass Bundes- und Landesasylgesetze häufig diesem Ziel entgegenstehen und selbstausgrenzend sowie desintegrierend wirken.

Der Einsatz von Kontaktbereichsbeamten vor Ort ist u. E. der richtige Weg für mehr Sicherheit. Die Aufgabenverschiebung zu Lasten der Kommunen durch die Polizeireform im Land wird von uns nicht unterstützt. Der Stadtordnungsdienst muss durch den Wegfall der polizeilichen Präsenz in den Stadtteilen und Ortschaften personell und qualitativ verstärkt werden.

Dem Erhalt des Frauenhauses und der präventiven Aufgabenstellungen und der Kinder- und Jugendeinrichtungen sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet sein.

Redaktionskollektiv des Kommunalwahlprogramms Dessau-Roßlau 2014

Arbeitskreise und Themenfelder:

Einleitung	Frank Hoffmann
Abschnitt I	Ralf Schönemann
Abschnitt II	Michael Berghäuser und Peter Fischer
Abschnitt III	Monika Andrich, Karin Stöbe, Ulrike Bösner und Andreas Schwierz
Abschnitt IV	Heidemarie Ehlert, und Peter Vester
Abschnitt V	Cristian Stenzel, Günter Geiersbach und Heidemarie Ehlert

Zuarbeiten erhielten die AG aus den Basisorganisationen Nord, Rosa-Luxemburg, Süd, West, Sieben Säulen und Roßlau

Das Wahlprogramm wurde auf der Gesamtmitgliederversammlung am 22.02.2014 beschlossen.

Satz & Layout Boogaloo Graphics, Ralf Schönemann

Herausgeber Stadtverband Dessau-Roßlau, V.i.S.d.P. Frank Hoffmann
c/o Karlstraße 4, 06844 Dessau-Roßlau

Kornhaus - Meisterhäuser/Meisterhaussiedlung - Architektur - Neugotik - Sichtachsen - Romantik - Parks - Alleen - Mueche - Konsumgebäude - Wörlitzer Park
Wörlitzer Park - Wagenfeld - Gotisches Haus - Klassizismus - Sieglitzer Berg - Design - Breuer - Georgengarten - Neue Sachlichkeit - Erdmannsdorff
Freischwinger - Fürst Franz - Drehberg - (Schloss) Oranienbaum - (Schloss) Lusium - Kandinsky - Monoly-Nagy - Fürstin Louise - Welterbe - (Schloss) M
Gebäude - Wörlitzer Park - Insel Stein - (Schloss) Großkühnau - Stahlhaus - Paulick - Dessau-Roßlau - Mies van der Rohe - Laubenganghaus
Erdmannsdorff - Kulturlandschaft - Siedlung Törten - Klee - Schlemmer - Funktionalismus - Beckerbruch - Gropius
Kornhaus - Natur - Feininger - Trinkhalle - Bauhaus - Meisterhäuser/Meisterhaussiedlung - Architektur - Neugotik - Sieglitzer
Kornhaus - Wagenfeld - Kornhaus - Gotisches Haus - Klassizismus - Sieglitzer Park